

ZYPERN / *Im Prinzip ist der EU-Beitritt kein Problem, aber in der Praxis*

## Eins und doch geteilt

■ JÜRGEN REUTER, Athen

Lieber heute als morgen möchte Zypern der Europäischen Union beitreten, wenn da nicht die vertrackte Teilung der Insel in einen griechischen und einen türkischen Teil wäre. Die EU, die mit der (griechischen) Republik Zypern verhandelt, bekommt das in dem Maße zu spüren, in dem jetzt eine Einigung näher rückt.

Mitte Mai 2001 gab der zypriotische Außenminister Iannis Kassoulidis bekannt, dass bereits 21 der 29 Verhandlungskapitel über den EU-Beitritt abgeschlossen seien. Für 2002 prognostizierte er eine Einigung auch bei den übrigen Themenbereichen, sodass es dann mit Ausnahme des politischen Problems auf Zypern kein Hindernis für den Beitritt gebe.

Wie ist die gegenwärtige Lage? Seit der Teilung der Insel in den siebziger Jahren gibt es keinen nennenswerten Fortschritt hinsichtlich einer Lösung des Zypernproblems. In vielen Entschlüssen der Uno, des Europäischen Parlaments, des Europarats und anderer Organisationen wird der Status quo immer wieder als unhaltbar bezeichnet und eine Revidierung der Spaltung durch die Zyperntürken sowie der Abzug der türkischen Armee aus dem Nordteil gefordert.

Grundlage aller bisherigen Lösungsvorschläge der Uno ist die Idee einer bizonalen und bikommunalen Föderation mit ungeteilter Souveränität, einheitlicher Rechtspersönlichkeit und Staatsbürgerschaft. Die griechisch-zypriotische Seite bevorzugt – entsprechend den Uno-Vorstellungen – die Errichtung eines Bundesstaates mit möglichst umfassenden Kompetenzen für die Zentralregierung. Die türkisch-zypriotische Seite favorisiert dagegen den losen Bund zweier überwiegend selbstständiger Verwaltungsgebiete im Sinne einer Konföderation auf der Basis absoluter politischer wie juristischer Gleichberechtigung beider Volksgruppen.

Von Dezember 1999 bis November 2000 wurde in Genf und New York in fünf Gesprächsrunden über die Zukunft Zyperns beraten. Alvaro de Soto, Zypern-Sondergesandter von Uno-Generalsekretär Kofi Annan, legte Vorschläge zur territorialen Aufteilung, zu Verfassungsfragen, zu Sicherheitsproblemen sowie Regelungen für verlorene Besitztümer vor.

Der griechisch-zypriotische Gesprächsführer, Glafkos Klerides, bestand jedoch auf der Einhaltung der Uno-Resolutionen und forderte dementsprechend zu Verhandlungen über die Schaffung einer bizonalen, bikom-

munalen Föderation auf, während sein türkisch-zypriotischer Gegenpart, Rauf Denktasch, auf der völkerrechtlichen Anerkennung Nordzyperns beharrte und lediglich über eine lose Konföderation sprechen wollte. Auf dieser Basis, so der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer, könne dann auch ein EU-Beitritt erfolgen.

Die Europäische Union steht nun vor dem Problem, wie Zypern aufgenommen werden kann, ohne zugleich die türkische Okkupation des Nordens als rechtmäßig anzuerkennen. Die alleinige Aufnahme des griechischen Inselteils käme einer solchen Anerkennung gleich. Deshalb würde die Athener Regierung mit Sicherheit einem solchen Modell ihre Zustimmung in der EU verweigern.

Werner Hoyer, der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, konnte unlängst die Lage auf Zypern überprüfen. Nach seiner Auffassung kreist die Diskussion um eine EU-Aufnahme der völkerrechtlich anerkannten (jedoch fiktiven) Einheit „Gesamtzypern“ (bestehend aus den beiden Komponenten im Norden und Süden der Insel). In diesem Fall wäre dann ein Teil des Geltungsbereiches des EU-Vertrages völkerrechtswidrig von der Türkei besetzt, und die gemeinschaftliche Rechtsordnung (*Acquis communautaire*) wäre in einem Teil Zyperns nicht durchsetzbar. Gleichwohl stünden den türkischen Zyprioten alle Anrechte aus dem *Acquis* zu.

Gegenwärtig werden in den Außenministerien der großen europäischen Metropolen Modelle ausgearbeitet, die in zwei Richtungen gehen: Neben der Suche nach Modellen für eine Lösung des Zypernproblems wird nach einem praktikablen Ansatz gesucht, die Aufnahme Zyperns im Fall der fort dauernden Teilung zu vollziehen, ohne zugleich den Zypernkonflikt in die EU zu „importieren“. Eine unlösbare diplomatische Aufgabe? □

Der Autor lehrt europäische und internationale Politik an der Nationaluniversität Athen.

## Wahlen ohne die Nordhälfte

Am 27. Mai sind 467 000 wahlberechtigte Bürger des griechischen Teils von Zypern zu den Wahlurnen gerufen. 454 Kandidaten aus acht Parteien bewerben sich um 56 Parlamentssitze. Die von der Verfassung des Jahres 1960 für die türkisch-zypriotische Volksgruppe vorgesehenen 24 Abgeordnetenbänke bleiben wegen der Teilung des Landes bis auf weiteres vakant. Die Wahl gilt vor allem als Gradmesser für die im Jahre 2003 stattfindende Präsidentenwahl,

denn Zypern ist Präsidialrepublik. Der direkt vom Volk gewählte Staatspräsident – im Moment ist es der 80-jährige Glafkos Klerides – besitzt die Exekutivgewalt und bildet die Regierung. Er regiert, während das Parlament die Gesetze verabschiedet. Traditionell stehen sich auf Zypern zwei große politische Lager gegenüber: die linke Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (AKEL) und die konservative Demokratische Sammlungsbewegung (DISY). JR